

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 64. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 23. Januar 2014

1. Abgeordnete

**Kathrin Anklam-Trapp,
Friederike Ebli und
Fredri Winter (SPD)**

Aktuelle Entwicklungen bei der Organspende

Laut aktuellen Medienberichten ist das Vertrauen der Menschen in die gerechte Vergabe von Spenderorganen weiterhin nachhaltig erschüttert. So äußert sich insbesondere die Deutsche Stiftung Organtransplantation sehr besorgt angesichts historisch niedriger Spenderzahlen. Demnach sei für das Jahr 2013 die Zahl der Organspender bundesweit weiter dramatisch gesunken, und zwar auf den niedrigsten Wert seit der Verabschiedung des Transplantationsgesetzes im Jahr 1997.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die aktuellen Zahlen zur Organspendebereitschaft, insbesondere für Rheinland-Pfalz?
2. Welche Maßnahmen und Initiativen gibt es in Rheinland-Pfalz bzw. werden von der Landesregierung unterstützt, die auf das Thema Organspende aufmerksam machen, darüber aufklären und zur Auseinandersetzung mit der eigenen Organspendebereitschaft anregen?
3. Wie bewertet die Landesregierung die im vergangenen Jahr vereinbarten schärferen Richtlinien hinsichtlich einer besseren Kontrolle und Transparenz bei der Organspende in deutschen Kliniken/Transplantationszentren?
4. Welche weiteren Maßnahmen hält die Landesregierung für geboten, um die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger für das Thema Organspende zu fördern und verloren gegangenes Vertrauen wiederherzustellen?

2. Abgeordnete

**Christian Baldauf,
Martin Brandl und
Dr. Norbert Mittrücker
(CDU)**

Haltung der Landesregierung zur beabsichtigten Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes durch die Bundesregierung

Wir fragen die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung die Inhalte der Eckpunkte des Bundeswirtschaftsministers für eine Reform des EEG, zu denen die Wirtschaftsministerin eine Presseerklärung mit folgenden Aussagen abgegeben hat: „Mit dem Gabriel-Deckel zeichnet sich ein Abwürgen der Energiewende ab.“?
2. Teilt die Landesregierung das energiepolitische Ziel des Bundeswirtschaftsministers, wonach in den „Eckpunkten“ ein Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung von 40 bis 45 Prozent bis 2025 und von 55 bis 60 Prozent bis 2035 vorgesehen ist?
3. Teilt die Landesregierung die Auffassung des Bundeswirtschaftsministers, wonach auch nach der beabsichtigten Absenkung der Einspeisevergütung für Windstrom ab 2015 an guten Standorten an Land weiterhin ein wirtschaftlicher Betrieb möglich ist?
4. Teilt die Landesregierung die in den „Eckpunkten“ dargestellte Absicht des Bundeswirtschaftsministers, durch neue verbindliche jährliche Ausbaukorridore für die erneuerbaren Energien die Stromerzeugung aus konventionellen und erneuerbaren Energien besser miteinander zu verbinden und die Abstimmung beim Netzausbau zu verbessern?

3. Abgeordnete

**Andreas Hartenfels,
Pia Schellhammer,
Jutta Blatzheim-Roegler
und Anna Neuhof
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Realisierung des Nationalparks Hunsrück

Nach einem breiten Bürgerbeteiligungsprozess und nach positiven Voten der überwiegenden Mehrzahl der regionalen politischen Gremien gilt es nun, die weiteren Schritte für die Realisierung eines Nationalparks im Hunsrück zu vollziehen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung den Prozess der Bürgerbeteiligung im Rahmen der geplanten Ausweisung eines Nationalparks in Rheinland-Pfalz?
2. Welche Form der Bürgerbeteiligung hat mit welchen Ergebnissen bisher im Rahmen der geplanten Ausweisung eines Nationalparks in Rheinland-Pfalz stattgefunden?
3. Wie bewertet die Landesregierung die breite Zustimmung der Kommunen aus der Region zum geplanten Nationalpark im Hunsrück?
4. Wie sehen die weiteren inhaltlichen Schritte und der zeitliche Ablauf zur Realisierung eines Nationalparks im Hunsrück aus?

4. Abgeordnete

**Bettina Dickes und
Martin Brandl (CDU)**

Unterrichtsversorgung an rheinland-pfälzischen Schulen

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie erklärt die Landesregierung, dass die strukturelle Unterrichtsversorgung an den allgemeinbildenden Schulen angestiegen ist?
2. Teilt die Landesregierung die Aussage des Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen, dass mit einer seit 2011 gleich bleibenden Stundenzuweisung das strukturelle Defizit auf 3,7 Prozent hätte reduziert werden können?
3. Sieht die Landesregierung einen Zusammenhang zwischen der seit Jahren schlechter werdenden Unterrichtsversorgung an Realschulen plus und der wieder wachsenden Zahl von Schülern ohne Schulabschluss?
4. Inwieweit sind die im Klemmgutachten formulierten Ziele, bis 2016 eine Unterrichtsversorgung an den allgemeinbildenden Schulen von 1,2 Prozent und an den berufsbildenden Schulen von drei Prozent zu erreichen, noch realistisch?

5. Abgeordnete

**Thomas Wansch,
Günther Ramsauer und
Frank Puchtler (SPD)**

Vereinfachung der Einkommensteuererklärung/Selbstveranlagung

Wir fragen die Landesregierung:

1. Was sind die Hauptmerkmale der von Finanzminister Dr. Carsten Kühl vorgeschlagenen Selbstveranlagung bei der Steuererklärung?
2. Welche Staaten bringen nach Kenntnis der Landesregierung Verfahren der Selbstveranlagung bei welchen Steuerarten zur Anwendung?
3. Welche Erfahrungen bestehen hinsichtlich Steuerehrlichkeit bei Selbstveranlagung und der notwendigen Kontrollen?
4. Welche Voraussetzungen insbesondere organisatorisch-technischer Art müssen erfüllt sein, um eine Selbstveranlagung realisieren zu können, und welche Be-/Entlastungen für die Finanzverwaltung ergeben sich aus dem vereinfachten Verfahren?

**6. Abgeordneter
Marcus Klein (CDU)****Weiteres Vorgehen Gebietsreform**

Die Landesregierung hat angekündigt, in den Jahren 2014 bis 2019 Zug um Zug Landesgesetze für Gebietsänderungen vorzulegen. Damit würden in den betroffenen Verbandsgemeinden vorgezogene Gremienwahlen notwendig.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Für welche verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden soll ein Landesgesetz über eine Gebietsänderung vorgelegt werden, die eine Gremienwahl vor dem Tag der allgemeinen Kommunalwahl 2019 notwendig macht?
2. Auf welcher Grundlage und für welchen Zeitraum würden die Organe der neu zu bildenden Kommunen neu gewählt?
3. Sieht die Landesregierung in den betroffenen verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden im Zusammenhang mit der anstehenden Kommunalwahl eine Information der Bürgerinnen und Bürger vor, dass die von ihnen zu wählenden Organe nach Planung der Landesregierung abweichend von § 29 Absatz 1 Satz 2 Gemeindeordnung nicht auf die Dauer von fünf Jahren zu wählen sind?
4. Inwieweit hält die Landesregierung eine Verkürzung der Wahlzeiten der betroffenen verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden für vertretbar, insbesondere auch dann, wenn davon Gebietskörperschaften betroffen sind, bei denen kein eigener Gebietsänderungsbedarf vorliegt?

**7. Abgeordnete
Pia Schellhammer
und Ruth Ratter
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Akzeptanz für queere Lebensweisen voranbringen**

Ob in der Schule, am Arbeitsplatz oder in der Familie ist es wichtig, sich im Alltag mit dem Thema „Sexuelle Vielfalt und Akzeptanz queerer Lebensweisen“ auseinanderzusetzen. Die Landesregierung setzt sich für eine offene und vielfältige Gesellschaft ein und hat es sich zur Aufgabe gemacht, mit dem Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ jegliche Form der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität zu bekämpfen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Bedeutung misst die Landesregierung der Akzeptanzförderung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern, Transsexuellen und Intersexuellen (LSBTI) in Kitas, Schulen und außerschulischem Bereich in Rheinland-Pfalz bei?
2. Welche konkreten Maßnahmen und Projekte unterstützt die Landesregierung, damit Kinder, Jugendliche und Erwachsene für das Thema sexuelle Vielfalt und/oder queere Lebensweisen sensibilisiert werden?
3. Welche weiteren Schritte plant die Landesregierung, um die Akzeptanz von queeren Lebensweisen in der Gesellschaft zu stärken?
4. Mit welchen relevanten Einrichtungen und/oder Verbänden steht die Landesregierung im Dialog, um zu gewährleisten, dass eine möglichst große Interessenvielfalt in der Umsetzung von Maßnahmen und Projekten berücksichtigt wird?

**8. Abgeordnete
Michael Hüttner und
Hans Jürgen Noss (SPD)****Situation in der Fußballfanszene**

Medienberichten zufolge liegen Zahlen vor, dass in Rheinland-Pfalz bei Fußballspielen deutlich mehr Menschen verletzt worden sind als zuvor. Auch sei die Zahl der Fans, die Gewalt suchen und zu Gewalt neigen, gestiegen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Beobachtungen liegen der Landesregierung vor, die verdeutlichen, wie sich die Zahl der verletzten Personen bei Fußballspielen entwickelt hat?
2. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die Entwicklung in Bezug auf die Zahl der Fans, die Gewalt suchen und zu Gewalt neigen?
3. Welche Schwerpunkte sieht die Landesregierung für die künftige Arbeit im Hinblick auf eine Verbesserung des Einsatzmanagements im Bereich Fußball?

9. Abgeordnete
Martin Brandl und
Guido Ernst (CDU)

Anstieg der Schulentlassenen ohne Schulabschluss

Nach Angaben des Statistischen Landesamtes vom Januar 2014 ist der Anteil der Schulentlassenen ohne einen Hauptschulabschluss in 2013 um zwei Prozent angestiegen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung diese Zahlen angesichts ihrer Bemühungen, die Zahl der Schüler ohne Schulabschluss zu senken?
2. Worin sieht die Landesregierung die Ursachen für den signifikanten Anstieg der Schüler ohne Schulabschluss?
3. Sieht die Landesregierung einen Zusammenhang zwischen der seit Jahren schlechter werdenden Unterrichtsversorgung an Realschulen plus und der wieder wachsenden Zahl von Schülern ohne Schulabschluss?
4. Bis wann plant die Landesregierung, das Projekt „Keiner ohne Abschluss“ flächendeckend zu etablieren?

10. Abgeordnete
Brigitte Hayn und
Marion Schneid (CDU)

Gesetzentwurf zur Umsetzung der Inklusion

Die Landesregierung hat einen Gesetzentwurf zum Thema Inklusion erarbeitet, der zu Beginn des kommenden Schuljahres in Kraft treten soll. Die parlamentarische Beratung hat jedoch noch nicht begonnen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wann wird die Landesregierung den Gesetzentwurf in die parlamentarische Beratung einbringen?
2. Wie will die Landesregierung sicherstellen, dass den Schulen ausreichend Zeit bleibt, um sich auf eine neue gesetzliche Grundlage vorzubereiten?
3. Inwiefern nimmt die Landesregierung die Entscheidung des Landtags vorweg, indem sie die Beteiligten der rheinland-pfälzischen Bildungslandschaft auf eine neue gesetzliche Grundlage vorbereitet, ohne dass diese geschaffen wurde?

11. Abgeordnete
Wolfgang Schwarz und
Michael Hüttner (SPD)

Flurbereinigung im Weinbau

Durch Weinbergsflurbereinigungen und Zweitbereinigungen können die regionale Weinbaustruktur und die Wirtschaftlichkeit der Weinbaubetriebe weiter erhöht werden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung den aktuellen und zukünftigen Bedarf in den einzelnen Weinbauregionen im Land hinsichtlich der weiteren Flurbereinigung von Weinbergsflächen bzw. in Bezug auf Flurbereinigungsmaßnahmen und Zweitbereinigungen im Weinbau?
2. Wie bewertet die Landesregierung Maßnahmen der Weinbergsflurbereinigung in Bezug zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Weinbaubetriebe, etwa hinsichtlich der Zeilenlänge und Zeilenbreite?
3. Hält die Landesregierung auch im Hinblick auf den Wegebau und die bestehende Breite landwirtschaftlicher Wege eine Fortführung der ersten Flurbereinigung der 60er und 70er Jahre im Bereich des Weinbaus für weiter geboten, insbesondere da Traktoren und Wirtschaftsfahrzeuge heute größer und breiter sind?
4. Wie beraten die Dienstleistungszentren Ländlicher Raum (DLR) die Weinbaubetriebe im Land im Zusammenhang mit Flurbereinigungsmaßnahmen und Verbesserungen bei der Weinbergsstruktur?

12. Abgeordnete

**Nils Wiechmann,
Jutta Blatzheim-Roegler
und Dietmar Johnen**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Tornado-Absturz bei Laubach

Am 16. Januar 2014 ist ein Bundeswehr-Tornado des Taktischen Luftwaffengeschwaders 33 beim Landeanflug auf den Fliegerhorst Büchel abgestürzt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Informationen hat die Landesregierung bisher über Hergang und Ursachen des Absturzes des Bundeswehr-Tornados bei Laubach am 16. Januar 2014?
2. War die Nachtübung des Luftwaffengeschwaders 33 angekündigt?
3. Wie wird die Bevölkerung über die weitere Aufklärung des Unfalls informiert?
4. Wie sehen die Katastrophenpläne für mögliche Szenarien eines Tornado-Absturzes aus, der in bewohntem Gebiet abstürzt, Fahrzeuge auf der nahen Autobahn trifft und/oder scharfe Munition an Bord hat?

13. Abgeordnete

**Simone Huth-Haage und
Marion Schneid** (CDU)

Schulsozialarbeit in Rheinland-Pfalz

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie begründet die Landesregierung, dass Grundschulen generell von der Landesförderung der Schulsozialarbeit ausgeschlossen bleiben, obwohl in den vergangenen zwei Jahren sehr gute Erfahrungen gesammelt werden konnten?
2. Verfügen alle Realschulen plus und Gesamtschulen des Landes über Schulsozialarbeit?
3. Wie viele Schulen wurden seit 2011 zusätzlich in die Landesförderung zur Schulsozialarbeit aufgenommen?
4. Wie begründet die Landesregierung ihr zurückhaltendes Handeln bei der Schulsozialarbeit angesichts des rheinland-pfälzischen Koalitionsvertrags, in dem es heißt, dass die Schulsozialarbeit ausgebaut werden soll (S. 10)?

14. Abgeordnete

**Thorsten Wehner,
Kathrin Anklam-Trapp
und Martin Haller** (SPD)

Drahtwurmschäden im Kartoffelbau

Als Drahtwürmer werden die Larven der Schnellkäfer (Elateridae) bezeichnet. Durch den Klimawandel hat sich der Drahtwurm in den vergangenen Jahren zunehmend verbreitet. Ohne Pflanzenschutz oder andere Maßnahmen können hierdurch größere Schäden für den Kartoffelanbau in Rheinland-Pfalz entstehen. Eine zeitlich begrenzte Sondergenehmigung für ein Pflanzenschutzmittel mit dem Wirkstoff Fipronil für das Jahr 2014 war vom Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) bislang abgelehnt worden. Hintergrund war insbesondere die Annahme, dass europaweit Rückstandshöchstgehalte für Fipronil in Kartoffeln von 0,01 mg/kg auf 0,005 mg/kg gesenkt werden sollten. Eine reguläre Zulassung wurde nach Angaben des herstellenden Unternehmens bereits vor sechs Jahren beim Umweltbundesamt beantragt.

Gemäß der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 781/2013 vom 14. August 2013 dürfen die Mitgliedstaaten zum Schutz von Bienen fipronilhaltige Pflanzenschutzmittel nur noch zur Behandlung von Saatgut zulassen, das zur Aussaat im Gewächshaus bestimmt ist, sowie für Saatgut von Lauch-, Zwiebel-, Schalotten- und Kohlpflanzen, die im Freien kultiviert und vor der Blüte geerntet werden. Die Entscheidung des BVL hinsichtlich des Mittels „Goldor Bait“ zur Anwendung im Kartoffelbau ist allerdings noch nicht rechtskräftig.

In den letzten Jahren galt eine eingeschränkte 120-Tage-Zulassung für das Fipronil-Pflanzenschutzmittel „Goldor Bait“, das als Granulat verwendet wird. Nach Expertenangaben sind zwei Drittel der Kartoffelanbauflächen in Rheinland-Pfalz vom Drahtwurm befallen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Bedeutung des Kartoffelanbaus für die Landwirtschaft im Land?
2. Welche alternativen Pflanzenschutzmittel bzw. Möglichkeiten der Vorbeugung von Drahtwurmschäden im Kartoffelbau stehen derzeit zur Verfügung?
3. Wurden nach Kenntnis der Landesregierung die europaweiten Rückstandshöchstgehalte für Fipronil in Kartoffeln bereits gesenkt bzw. steht dies derzeit noch auf der Agenda?
4. Wird die Landesregierung eine befristete Notfallzulassung nach Artikel 53 der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Fipronil-Pflanzenschutzmittels zur Bekämpfung des Drahtwurms unterstützen?

15. Abgeordnete
Bettina Dickes und
Anke Beilstein (CDU)

Verlegung der Antragsfrist für neue Ganztagschulen

Die Landesregierung hat nach Auskunft kommunaler Vertreter Ende Dezember die diesjährige Antragsfrist für neue Ganztagschulen von November auf März vorverlegt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Was sind die Gründe für die kurzfristige Verlegung des Antragstermins?
2. Wie bewertet die Landesregierung die Kritik der Kommunen, dass unter dem neuen Zeitplan ein geordnetes Antragsverfahren kaum möglich sei?
3. Wie viele Ganztagschulstandorte werden dieses Jahr im Vergleich zum vergangenen Jahr voraussichtlich genehmigt?

16. Abgeordnete
Andreas Hartenfels
und Ulrich Steinbach
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zukunftsfähige Industriepolitik

Am 11. und 12. Dezember 2013 fand in Dresden die Wirtschaftsministerkonferenz (WMK) statt. Diskutiert wurde unter anderem die künftige Ausrichtung der Industriepolitik in Europa. In diesem Zusammenhang haben sich die Wirtschaftsministerinnen und Wirtschaftsminister der Länder dafür ausgesprochen, die Industriepolitik in Deutschland und Europa zu stärken.

Insbesondere die Innovationsfähigkeiten sollen besser genutzt werden, um die industrielle Wertschöpfung in Deutschland und Europa zu erhalten und auszubauen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Bemühungen der EU um eine weitere Stärkung der Industriepolitik in Europa?
2. Wie bewertet die Landesregierung den Beschluss der Wirtschaftsministerkonferenz zur Industriepolitik?
3. Welche Schwerpunkte sind – unter Berücksichtigung der Stärken des Industriestandorts Rheinland-Pfalz – aus Sicht der Landesregierung für die künftige Industriepolitik von besonderer Bedeutung?

17. Abgeordneter
Arnold Schmitt (CDU)

Waldflurbereinigung „Unteres Trauntal“

Ich frage die Landesregierung:

1. Aus welchen Gründen wurde das Waldflurbereinigungsverfahren angestoßen?
2. Wie groß ist die Anzahl der betroffenen Waldbesitzer?
3. Wie steht die Landesregierung zu ihrer früheren Aussage, dass es keine Flurbereinigung gegen den Willen der Bürger geben wird in diesem Zusammenhang?
4. Ist hier auch Staatsforst betroffen und in welchem Zusammenhang steht dieses Verfahren mit dem Nationalpark?

18. Abgeordneter
Christian Baldauf (CDU)

Konsequenzen aus dem Abbruch eines Rotorblattes bei einer Windkraftanlage in Rheinland-Pfalz

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Kenntnis hat die Landesregierung über die technischen Ursachen des Abbruchs eines Rotorblattes einer Windkraftanlage in Rheinland-Pfalz?
2. Welche Prüfungen des Vorfalles durch die Verwaltung des Landes sind erforderlich oder bereits erfolgt?
3. Welche Gefahren für vergleichbare Vorfälle sieht die Landesregierung beim Betrieb von Windkraftanlagen des gleichen Typs oder auch anderer Typen?
4. Welche Folgerungen müssen nach Auffassung der Landesregierung kurzfristig und grundsätzlich aus dem Vorfall gezogen werden?

19. Abgeordnete

**Anna Neuhof,
Dietmar Johnen und
Nicole Müller-Orth**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hormoneinsatz in der Schweinezucht

Anfang Januar 2014 hat der BUND Deutschland eine Untersuchung zum Hormoneinsatz in der Schweinezucht veröffentlicht.

Nach Aussage des BUND werden in der Schweinezucht Sexualhormone zur Zyklussynchronisation eingesetzt. Dies entspricht weder einer guten fachlichen Praxis in der landwirtschaftlichen Erzeugung noch dem Tierschutz. Ferner sind Auswirkungen auf Böden und Wasser zu erwarten.

Eine Anreicherung im Muskelfleisch der Tiere und schädliche Auswirkungen auf die Verbraucherinnen und Verbraucher bedürfen dringend regelmäßiger Kontrolle.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über den Einsatz von Hormonpräparaten zur Brunstsynchronisation, Ovulationsinduktion sowie zur Geburtseinleitung in der Schweinezucht?
2. Welche Folgen hat der Hormoneinsatz für die Tiere, die Verbraucherinnen und Verbraucher und die Umwelt?
3. Sieht die Landesregierung Interventionsmöglichkeiten im Bundesrat oder der Agrarministerkonferenz, um ein bundesweites Verbot des Einsatzes von Sexualhormonen zu den o. g. Zwecken zu erwirken?
4. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, durch Änderungen der gesetzlichen Grundlagen die rasante Entwicklung in Richtung einer industrialisierten Tierhaltung aufzuhalten – zu Gunsten einer mittelständischen und bäuerlichen Schweinezucht?

